

Nr. 09/ 13. März 2024

## Austausch mit SPD Innenpolitikerinnen Kampmann und Müller-Witt zur Altersgrenze

Am 12. März sind die SPD Landtagsabgeordneten Christina Kampmann und Elisabeth Müller-Witt auf Einladung des ver.di Fachvorstands Feuerwehr zu Besuch auf einer Feuerwache in Mönchengladbach gewesen. Im Gespräch mit unserem Fachvorstandsvorsitzenden Thomas Enk und Vertretern der Dienststelle konnten die Innenpolitikerinnen der SPD hinter die Kulissen des Feuerwehreinsatzdienst schauen. Hintergrund der Einladung zum Besuch auf der Feuerwache ist die von der Landesregierung geplante Anhebung der Altersgrenze bei den Berufsfeuerwehren in Nordrhein-Westfalen. Am 14. März wird der Innenausschuss des Landtags die Gesetzesvorlage der Landesregierung voraussichtlich in eine Anhörung überweisen. Im Rahmen ihres Besuchs haben die MdL Christina Kampmann und Elisabeth Müller-Witt für ihre Fraktion die Ablehnung zur geplanten Anhebung noch einmal sehr deutlich gemacht.

Die besondere Altersgrenze im Einsatzdienst sei kein überkommenes Privileg für Feuerwehrleute, sondern schlicht dem Umstand geschuldet, dass der 24-Stunden-Dienst und die mit dem Beruf verbundene permanente Einsatzbereitschaft derart an der Gesundheit von Feuerwehrleuten nagt, dass sie durchschnittlich früher sterben, so Thomas Enk. „Mit der 48-Stunden-Woche leisten Feuerwehrleute im Übrigen faktisch so viel Arbeitszeit, wie eine Beamtin, die 41 Stunden in der Woche arbeitet und mit 67 in Pension gehen kann,“ so Enk weiter. Die Landesregierung müsse Schluss machen mit der Scheindebatte um die Anhebung der Altersgrenze und endlich wirksam dem Fachkräftemangel entgegenzutreten, in dem sie den Beruf über das Beamtenrecht attraktiv gestaltet.

Dazu gehöre, so Enk, auch die Besoldungsanpassung zu nutzen, um die Feuerwehrzulage anzuheben und die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten zu erhöhen.

Bereits am Montag war ver.di im Gespräch im Kreis Unna zum Thema „Geplante Änderung des Landesbeamtengesetzes- Anhebung der Altersgrenze in den Feuerwehren“. Mit dabei waren Silvia Gosewinkel von der SPD, Frank Mülle vom Vorstand der ver.di Fachgruppe Feuerwehr NRW, Frank Richard, Personalrat Stadt Kamen, Michael Madeja, Feuerwehr Stadt Kamen, Mario Löhr, Landrat Kreis Unna, Nicole Czymowski, ver.di Westfalen, Rainer Schmeltzer, SPD, Susanne Schneider, FDP, Holger Gutzeit, Dezernent Fachbereich Bevölkerungsschutz Kreis Unna.

